



**Postulat der Fraktion Alternative - Die Grünen  
betreffend kein Abbau des ÖV-Angebots  
vom 27. Mai 2015**

Die Fraktion Alternative - Die Grünen hat am 27. Mai 2015 folgendes Postulat eingereicht:

Im Rahmen des regierungsrätlichen Belastungspakets soll das vom Kanton finanzierte ÖV-Angebot auf die Fahrplanperiode 2016/2017 massiv abgebaut werden (Massnahmen Nr. 2.83, 4.12, 4.13). Davon betroffen sind rund 15 Buslinien und eine S-Bahnlinie.

Wir fordern den Regierungsrat auf, das vom Kanton finanzierte ÖV-Angebot nicht abzubauen und in der kommenden Fahrplanperiode 2016/2017 auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten.

Begründung

1. In den vergangenen Jahren wurden vielerorts die Angebote der ZVB-Linien an die Kundenbedürfnisse angepasst und der Kanton und seine Gemeinden haben in den öffentlichen Verkehr zu Recht viel investiert. Anpassungen und Investitionen wurden damit begründet, dass sie aufgrund der Fahrgastzunahme und dem nachgewiesenen Bedürfnis sinnvoll seien. Der bisherige kontinuierliche Ausbau beruht auf dem im Gesetz niedergeschriebenen Prinzip eines nachfrageorientierten ÖV-Angebots. Ein Abbau des ÖV-Angebots widerspricht dem gesetzlich festgelegten Nachfrageprinzip fundamental.
2. Die Strategie des Regierungsrats mit dem Titel „Mit Zug einen Schritt voraus“ sieht unter anderem die Erhaltung der Spitzenposition im Standortwettbewerb sowie einen attraktiven Lebens- und Wohnraum vor. Zur Erhaltung dieser Spitzenposition gehört immer auch die Förderung des öffentlichen Verkehrs – er ist zentral für ein attraktives verkehrstechnisches Gesamtsystem. Der öffentliche Verkehr ist eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung und Weiterentwicklung unseres attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraums. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen schadet der Regierungsrat seiner eigenen Strategie, dem Standort Zug und seiner Bevölkerung.
3. Der geplante Abbau gefährdet das viel gerühmte Konzept „Bahn und Bus aus einem Guss“ und widerspricht damit ein zweites Mal der eingangs erwähnten Strategie des Regierungsrats. Mit dem geplanten ÖV-Abbau verschlechtert der Regierungsrat die Verkehrssituation für die Bevölkerung und nimmt in Kauf, dass Bürgerinnen und Bürger bewusst wieder auf das Auto umsteigen. Wenn an Randstunden abgebaut wird, kann dies auch die Zeiten mit hohen Frequenzen beeinflussen: Wenn der Abendverkehr sehr unattraktiv oder sogar inexistent ist, werden all jene, die direkt nach der Arbeit in ein Training, an eine Sitzung o.ä. müssen, schon am Morgen das Auto nehmen, weil sie sonst am Abend nicht mehr nach Hause kommen. Bahn und Bus tragen als wichtigstes Element zu einer zukunftsfähigen Mobilität bei – insbesondere in einem wachstumsstarken Kanton, wie wir es sind. Nur mit einem gesunden Verhältnis zwischen motorisiertem Individualverkehr und öffentlichem Verkehr ist dieses Wachstum zu bewältigen. Der öffentliche Verkehr schluckt einen Grossteil der anfallenden Fahrten und dies entlastet dadurch das Zuger Strassennetz. Zukunftsorientierte und nachhaltige Verkehrspolitik sieht anders aus.

4. Aufgrund des vom Regierungsrat gefahrenen Zeitplans haben die Gemeinden je nachdem nicht die Chance, die vom Kanton abgebauten Leistungen selbst einzukaufen. Je nach Gemeinde wären die zu bestellenden Leistungen so kostenintensiv, dass sie vor die Gemeindeversammlung müssten. Die ZVB-Bestellfristen könnten nicht eingehalten werden.
5. Anstatt in Randgebieten und in Randstunden das ÖV-Angebot total einzustreichen, wäre ein Rufbus-Angebot oder kleinere Shuttle-Busse zu prüfen.